



! mittendrin

Ausgabe 05 | 2023 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



„VERGESELLSCHAFTUNGSRAHMENGESETZ“ VON SCHWARZ-ROT IST „POLITISCHE VERARSCHÉ“

Die Berliner SPD-Spitze gibt ihre bereits äußerst schwache Führungsposition in der bisherigen rot-grün-roten Koalition zugunsten einer Juniorpartnerschaft mit der konservativen Wahlsiegerin CDU auf und verprellt damit nicht nur die eigene Parteibasis, sondern vor allem die Berliner Mieterinnen und Mieter.

Während der SPD-Parteitag noch im Juni 2022 beschlossen hatte, „schnellstmöglich ein Gesetz zur Umsetzung“ des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ zu erarbeiten, haben die CDU- und SPD-Spitzen schon in den Son-

dierungsgesprächen einhellig behauptet, dem Volksentscheid durch „die Entwicklung eines Vergesellschaftungsrahmengesetzes und den weiteren Ankauf von Wohnungsbeständen für die kommunale Hand“ Rechnung tragen zu können.

Es ist ganz klar, dass der beabsichtigte Ankauf von Wohnungen etwas anderes ist als die geforderte Vergesellschaftung.

Gisèle Beckouche, Sprecherin der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ zum angekündigten Rahmengesetz: „Das ist juristischer Quatsch und politische Verarsche.“ Die LINKE-Landesvor-

sitzende Katina Schubert: Die Vergesellschaftung bekäme auf diese Weise „eine Beerdigung erster Klasse“.

Schließlich hatten sich beim Volksentscheid am 26. September 2021 nicht weniger als 59,1 Prozent der Abstimmenden dafür ausgesprochen, profitorientierte Wohnungsunternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen in Gemeineigentum zu überführen. Sie haben damit ganz konkrete Erwartungen verbunden. Denn nach einer Vergesellschaftung könnten

➤ Fortsetzung auf Seite 2

MENSCHEN IN MITTE

Miteinander reden bei der Volkssolidarität – Co-Vorsitzende in Mitte Gudrun DeiBeroth

Seite 3 ▶

AUS DEM ABGEORDNETENHAUS

Rückschrittskoalition Schwarz-Rot verdient starke Opposition

Seite 7 ▶

ERINNERUNG

Ein Klassiker hat Geburtstag – Karl Marx heute

Seite 8 ▶

➤ Fortsetzung von Seite 1

die Mieten für über 200.000 Wohnungen sinken, wie z.B. eine Untersuchung im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die im Januar 2023 veröffentlicht wurde, festgestellt hat. Das ist mehr denn je nötig; der Begriff Mietenwahnsinn ist nicht ganz zufällig in Berlin entstanden. Wer auf den großen Immobilienportalen im Internet eine Wohnung in Berlin sucht, wird seit Anfang des Jahres mit einer Mietenexplosion um 22 Prozent konfrontiert. Also innerhalb von drei Monaten! Bereits in den letzten zehn Jahren war Berlin Spitzenreiter der deutschen Großstädte: Die

Angebotsmieten explodierten insgesamt auf das Doppelte!

Das erzeugt nicht nur in Berliner Familien mit relativ geringem Einkommen große Ängste, falls einmal ein Umzug notwendig werden sollte. Auch in Familien mittleren Einkommens steigt bereits die Furcht davor, viel zu große Haushaltsanteile für die Mietzahlungen ausgeben zu müssen. Die Folge ist allemal die erzwungene Senkung des Lebensstandards, sei es beim Essen oder bei der Berufsausbildung der Kinder. Wenn nicht sogar Verdrängung Richtung Stadtrand oder Zahlungsunfähigkeit.

Die letzte Armutskonferenz in Berlin stellte fest: Die Zahl der Familien mit

hoher Verschuldung und prekärer Haushaltslage steigt. Fachkräfte in der sozialen Arbeit verzeichnen eine Zunahme an existenziellen Problemen: drohender Wohnungsverlust, Stromsperrungen, unzureichende oder fehlende Grundausstattung von Haushalten, Mangel- oder Fehlernährung. Vor allem die Bildungsarmut ist in immer mehr Familien generationsübergreifend geworden.

VONOVIA dagegen konnte von den höheren Mieten profitieren: Stolz wurde bekanntgegeben, dass die Erträge im laufenden Jahr auf 7,2 Milliarden Euro steigen sollen.

Rainer Scholz

Öffentlicher Nahverkehr darf nicht wegen Hochhausneubau unterbrochen werden!

Seit dem 7. Oktober 2022 ist die U-Bahnlinie 2 wegen des Baus eines Hochhauses des Immobilienunternehmens Covivo am Alexanderplatz massiv eingeschränkt und es besteht nur noch Pendelverkehr. Die direkt

Verkehrsinfrastruktur wie die U-Bahnlinie 2 von den Baumaßnahmen nicht beeinträchtigt wird.

Dabei hatte es schon vor zehn Jahren eine Unterbrechung der U-Bahnlinie 2 zwischen Potsdamer Platz und Mohrenstraße gegeben. Beim Bau einer Shoppingmall am Leipziger Platz war es zu einem massiven Wassereinbruch gekommen und die Fahrgäste mussten in dem Abschnitt wochenlang mit dem Ersatzbus fahren.

Bei größeren Bauprojekten in der Nähe von U-Bahnstrecken sollte immer gelten, dass im Baugenehmigungsverfahren die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Infrastruktur durchgängig sichergestellt werden muss. Es

Bauarbeiten der Verkehr der Linien stark beeinträchtigt werden wird.

Wenn jetzt ein neuer CDU/SPD-Senat in Berlin regiert, ist zu befürchten, dass die Interessen der Immobilienwirtschaft weiter wichtiger sein werden als die der Fahrgäste. Um eine wirkliche Verkehrswende zu erreichen, braucht es einen dauerhaft zuverlässig fahrenden ÖPNV und keine völlig utopischen Pläne zur Verdoppelung des vorhandenen U-Bahn-Netzes in den nächsten 100 Jahren.

Thomas Licher



Das Ärgernis am Alex

neben dem U-Bahntunnel errichtete Baugrube und die dort erfolgten Arbeiten führten dazu, dass sich ein Gleisbett um bis zu 3,5 cm abgesenkt hat. Derzeit wird die Rückkehr zum Normalbetrieb bis Ende der Sommerferien angestrebt. Diese für Fahrgäste sehr belastende und fahrzeitverlängernde Situation wird sich also weiter hinziehen und es ist zu hoffen, dass der vorgesehene Zeitplan einzuhalten ist.

Die Ursache für diese lange Unterbrechung ist nicht nachvollziehbar. Wenn eine Baugenehmigung an so einer sensiblen Stelle wie am Alexanderplatz für ein Hochhaus erteilt wird, sollte sichergestellt sein, dass wichtige

kann nicht angehen, dass wegen möglicher Rücksichtnahme für luxuriöse Hochhausprojekte Unterbrechungen des öffentlichen Nahverkehrs über so einen langen Zeitraum billigend in Kauf genommen werden. Keinesfalls sollten wegen kleinerer Kosteneinsparungen beim Bau die Profitinteressen der Immobilieninvestoren höher bewertet werden als eine störungsfreie Nutzung der BVG durch die Berliner*innen und ihre Gäste. Mit Sorge denkt man an das vom Signa-Konzern geplante gigantische Kaufhausprojekt am Hermannplatz. Hier kreuzen sich die beiden baulich sensiblen Vorkriegslinien U7 und U8 und es ist zu befürchten, dass bei den



Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin,

Die nächsten Termine sind der **12.05., 26.05., 02.06. jeweils von 16 bis 18 Uhr**

BEI ANDEREN GELESEN

Zum Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Berlin schreibt die **taz**: „Das 135 Seiten starke Werk, vollmundig überschrieben mit ‚Das Beste für Berlin‘, ist ein Sammelsurium aus Absichtserklärungen, ein paar progressiven Ansätzen und reaktionären Knallern. Letztere beziehen sich vor allem auf die Innen- und Sicherheitspolitik. Mehr Personal für die Polizei und eine stärkere Ausrüstung obendrauf, darunter Elektroschocker und ‚flächendeckend‘ Bodycams, drastische Ausweitung der Videoüberwachung, Staatstrojaner und die Verlängerung des Präventivgefahrwahrsams auf fünf Tage: Das sind schon fast bayerische Verhältnisse im linken Berlin.“ Kritisch ebenfalls die Sicht des **Freitag**: „Die Berliner*innen werden diese Regierung nicht an den auf 135 Seiten aufgelisteten über 1.000 Einzelmaßnahmen, die nicht alle schlecht sind, messen, sondern daran, ob man in der Stadt auch mit wenig Geld leben, ihre berühmte Luft atmen und künftige Hitzesommer überstehen kann. Dem Kapitel Soziales sind gerade dreieinhalb Seiten gewidmet. Es wird sich zeigen, ob die Große Koalition, an die man hier nicht gerne zurückdenkt, ‚Innenstadt und Außenbezirke zusammenbringt‘ und ‚alle Verkehrsteilnehmer versöhnt‘, wie der Vertrag pastoral anhebt.“ Skeptisch zeigt sich auch **nd.Der Tag**: Der Text sprudle nur so vor Ideen, „die sich alle nicht im verbleibenden Zeitraum der Legislaturperiode umsetzen lassen werden. Egal ob Bebauung des Tempelhofer Felds, U-Bahn-Verlängerungen oder Verwaltungsreform: Bis 2026, wenn in Berlin die nächsten Wahlen anstehen, werden CDU und SPD dabei nicht wesentlich vorankommen. Umso ärgerlicher ist es, dass schon jahrelang laufende Planungen wie bei der Tram nun wieder zur Debatte stehen.“ Die **Neue Zürcher Zeitung** meint: „Im Koalitionsvertrag trifft ein linkes Gesellschaftsbild auf ein bürgerliches Bedürfnis nach Sauberkeit und die Freude an hohen Ausgaben. (...) Angesichts einer Vielzahl von Absichtserklärungen, Prüfaufträgen und finanziellen Vorbehalten lautet der kühnste Satz im Koalitionsvertrag: CDU und SPD wollten ‚Vertrauen in politisches Handeln stiften‘. Alle Umfragen zeigen, dass es daran momentan mangelt.“

Gudrun Deißeroth: Miteinander reden jetzt wichtiger als je zuvor

Gudrun Deißeroth kommt gerne mit Menschen ins Gespräch. „Jetzt, nach der Pandemie und in diesen Krisenzeiten, ist miteinander reden, austauschen, beraten, informieren wichtiger als je zuvor“, betont die Co-Vorsitzende der Volkssolidarität Berlin e.V. im Stadtbezirk Mitte. Zusammen mit Dittmar Andresen leitet sie ehrenamtlich den Sozial- und Wohlfahrtsverband für Jung und Alt im Herzen der Hauptstadt.

Ob in den Begegnungsstätten „Mehr Mitte“ in der Torstraße 190 und „Spandauer Straße“ oder im Nachbarschaftszentrum „Brunnentreff“ in der Brunnenstraße 145 – die rund 1000 Mitglieder der 15 Ortsgruppen engagieren sich allorts für die Belange der Bürger. „Um weiterhin unserem Credo für eine soziale Stadt, für die Teilhabe auch der älteren Menschen gerecht zu werden, suchen wir momentan dringend Nachwuchs“, sagt Gudrun Deißeroth, „junge wie junggebliebene Senioren, die sich an der Spendensammlung von August bis Oktober beteiligen, unser Magazin ‚Focus‘ viermal im Jahr zustellen, Einladungen zu den vielfältigsten Veranstaltungen und Geburtstagskarten schreiben, Einkäufe übernehmen, zu Ämtern, Theaterbesuchen oder Ausflügen in den Spreewald und zu anderen schönen Gegenden begleiten und Einwohnerfeste organisieren.“

Die selbst jung gebliebene 75-jährige und ihr Team haben noch viel vor. Bis 2027 will sie weiterhin aktive Volkssolidarität mit ihren Mitbürgern, die Unterstützung oder einfach nur Gemeinschaft suchen, ausüben. Ende April 1948 im thüringischen Weimar geboren, wuchs sie zwischen Goethe, Schiller, Nationaltheater und Gedenkstätte Buchenwald auf, traf mit Überlebenden des KZ zusammen. Nach ihrer Lehre zur Stenotypistin studierte sie Binnenhandelsökonomie und Gesellschaftswissenschaften, arbeitete in den Finanzbereichen von Weimarer Kreisleitung und Erfurter Bezirksleitung der SED und seit 1987 im Zentralkomitee in Berlin. „Nach der Wende zog ich ins Karl-Liebknecht-Haus ein, wirkte im Bereich Zusatzversorgung für ehemalige Mitarbeiter von DDR-Institutionen sowie im Büro des Pressedienstes der PDS“, zählt Gudrun Deißeroth ihre mannigfaltigen Stationen auf. „Jetzt fühle ich mich gut aufgehoben bei einer sozialpolitischen Gemeinschaft, bei der der Mensch und sein Wohl im Mittelpunkt stehen“.

Eine neue Aktivität – bestimmt war Gudrun eine der Ideenfinder*innen – entspricht genau ihren Vorstellungen: „Plauderei – die Volkssolidarität lädt ein“ – von Mai bis Ende September kommen beim Rosengarten an der Fischerinsel 10 zum Plausch bei Kaffee, Kuchen und Kultur Frauen, Männer, Junge, Ältere verschiedenster Interessen und Meinungen zu interessanten Themen



Gudrun Deißeroth

zusammen. „Wir freuen uns auf alle Interessierte, welche gern mit uns zusammenkommen und reden wollen“, erklärt Gudrun Deißeroth voller Erwartungen. „Das könnte wesentlich zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft in schwierigen Zeiten beitragen, einem der Hauptanliegen der Volkssolidarität“.

Matthias Herold

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

Medizinische Versorgung Geflüchteter weiterhin nicht gewährleistet

Für die meisten von uns gesetzlich krankenversicherten Menschen gilt beim Arztbesuch oft: Telefonschleife, keine kurzfristige Verfügbarkeit von Terminen, keine Fachärzt*innen im Wohnumfeld, überfüllte Praxen und lange Wartezeiten. Es gilt aber auch, dass wir eine Krankenversicherung haben und trotz aller Widrigkeiten und Wartezeiten am Ende doch behandelt werden.

Für geflüchtete Menschen stellt sich die Situation deutlich schwieriger dar, denn viele von ihnen bleiben ewig ganz ohne Krankenversicherung – Erwachsene so wie Kinder. Und Ärztinnen und Ärzte stehen dann vor einem Dilemma. Einerseits haben sie den medizinischen Versorgungsauftrag, doch andererseits haben sie einen Mehraufwand beim Abrechnen, wenn die Versicherungsnachweise nicht vorliegen. Einige Praxen entscheiden sich gegen ihren Auftrag und behandeln die Versorgungsbedürftigen dann nicht. Hier liegt ein klarer Regelungsbedarf der Kassenärztlichen Vereinigung vor, die für dieses Thema im Rahmen des „Runden Tisches zur medizinischen Versorgung geflüchteter Personen in Notlagen“ sensibilisiert wurden.

Doch warum kommt es zur Versorgungslücke? Das liegt zum einen daran, dass Geflüchtete monatelang auf ihre Krankenversicherungskarte warten müssen. Entwe-

der konnte sie noch nicht beantragt werden, da auf Bearbeitung gewartet werden muss. Oder der überragende Nachweis der Bearbeitung dauert an, ist auf dem Postweg – und wird von vielen medizinischen Praxen nicht akzeptiert. Als direkte Folge dieser Handhabe stehen viele geflüchtete Personen praktisch ohne Krankenversicherung da, womit geflüchtete Personen oft vom Zugang zu ambulanter medizinischer Versorgung ausgeschlossen sind.

Auch die Krankenkassen, die die elektronische Gesundheitskarte (eGK) ausstellen sollten, sind gegenwärtig dazu nicht in der Lage. Die vier Vertragskrankenkassen haben das automatisierte Anmeldeverfahren für eine eGK aufgrund einer Preissteigerung des Dienstleisters nicht verlängert. Die Erprobung eines an Stelle dessen installierten neuen Verfahrens scheiterte bereits in der Pilotphase. Nun arbeiten die Krankenkassen gemeinsam mit dem Senat, dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und den Sozialämtern an einer vollelektronischen Lösung – doch

das kann noch dauern. Bis zur Einführung ist nur eine Übermittlung der Daten auf dem Postweg (!) möglich. Außerdem gibt es bei den Krankenkassen derzeit keine extra Ansprechpersonen für die betroffene Gruppe. Dies bedeutet, dass Nachfragen langwierig sind, da auch die Problematik immer wieder neu erklärt werden und für das Thema wieder neu sensibilisiert werden muss. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden!

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit



(Foto: Tim Reckmann, Lizenz: CC-BY 2.0)

„Niemand wird vergessen, niemand darf vergessen und niemand hat das Recht zu vergessen den Tag unserer Befreiung vom Joch des Faschismus, um des Lebens, um des Menschseins Willen“, lautet die Inschrift des zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus geschaffenen Ehrenmals im brandenburgischen Burg im Landkreis Spree-Neiße. In diesem Sinne möchten auch wir hier in Berlin gemeinsam des 8. Mais gedenken.

06.05., 11 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus (K-L-Haus), **Befreiung, was sonst? - Plakate zum 8. Mai**

Ausstellungseröffnung mit Kurator Tobias Bank im Gespräch mit Daniela Trochowski und Regina Kittler

08.05., 15 Uhr, **Ehrenmal Treptower Park, Denkmal Mutter Heimat, Kranzniederlegung** mit Janine Wissler und Tobias Bank

08.05., 18 Uhr, Kino Toni, Weißensee, **Das Jahr 1945,** ND Filmclub mit Einführung durch Paul Werner Wagner im Gespräch mit Dr. Rainer Karlsch und Dr. Elke Scherstjanoi

09.05., 18 Uhr, K-L-Haus, **Politisches Erbe und Erinnerungskultur**

Wolfgang Herzberg („Jüdisch & Links“) und Ellen Brombacher („Deutsch-jüdisches Familienbild“) im Gespräch mit Thilo Urchs

11.05., 18 Uhr, K-L-Haus, **Sieger leben in Deutschland**

Podium mit Dr. Jörg Morré und Dr. Elke Scherstjanoi im Gespräch mit Tobias Bank

12.05., 18 Uhr, K-L-Haus, **Unsterblicher Ruhm den Befreiern?** Die Sieger des 8. Mais im Konflikt von Politik und Erinnerung von 1945 bis 2023; Vortrag von Dr. Stefan Bollinger

13.05., 11 Uhr, Lustgarten, **Die Widerstandsgruppe Herbert Baum,** Vortrag von Thomas Flierl

13.05., 17 Uhr, K-L-Haus, **Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten;** Vortrag von Jutta Harnisch

14.05., 11 Uhr, U-Bahnhof Weberwiese, Beginn des Nachkriegs-Wohnungsbaus in Berlin: **Bauhaus Moderne,** Historischer Stadtspaziergang mit Bernd S. Meyer

KURZNACHRICHTEN

► Legale Graffiti-Fläche am Nordbahnhof

Graffiti-Künstler können sich im Park am Nordbahnhof verwirklichen. Die dortige frühere Hinterlandmauer der Berliner Mauer wurde vom Bezirksamt zur legalen Graffiti-Fläche erklärt. Der Entscheidung war ein zweijähriges Modellprojekt mit der Graffiti-Szene vorausgegangen. Die Sprayer werden verpflichtet, ihre leeren Spraydosen ordentlich zu entsorgen und vor Ort auf das Stadtgrün zu achten.

► Neuer Name für Nettelbeckplatz gesucht

Die Anwohner des Nettelbeckplatzes sind zur Suche nach einem neuen Namen für den Platz aufgerufen, der noch nach dem Seefahrer und Sklavenhändler Joachim Christian Nettelbeck (1738 - 1824) benannt ist. Laut Bezirksamt sei wichtig, dass der künftige Name Berlin-Bezug hat, bevorzugt zum Bezirk Mitte, und noch nicht in der Stadt vergeben wurde. Die Person, nach der er heißen soll, soll mindestens fünf Jahre tot sein. Die Vorschläge können online auf mein.berlin.de/projekte/der-nettelbeckplatz-braucht-einen-neuen-namen abgegeben werden.

► Pergamonmuseum schließt

Für mindestens drei Jahre wird das Pergamonmuseum im Oktober zur umfassenden Sanierung komplett geschlossen. Der Nordflügel mit dem Pergamonaltar soll ab 2027 wieder zugänglich sein. Dieser und der Mittelteil des Museums mit dem Pergamonsaal werden bereits saniert. Zur zweiten Bauphase gehören auch der Neubau eines vierten Flügels, die Außenanlagen und die Brücke über den Kupfergraben. Veranschlagt sind Gesamtkosten von 1,5 Milliarden Euro.

► Mehrheit gegen Helmut-Kohl-Platz

Auf eine Umfrage der Lokalzeitung „Berliner Woche“ für die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, ob der historische Schlossplatz vor dem Humboldt-Forum in Helmut-Kohl-Platz umbenannt werden soll, antworteten 93 Prozent der teilnehmenden Leserinnen und Leser mit NEIN, 7 Prozent mit JA. Die Fraktion der CDU im Abgeordnetenhaus hat einen Antrag zur Umbenennung eingebracht. In einer weiteren Umfrage, ob in Berlin wie in Paris die Mietretroller verboten werden sollten, befürworteten dies 94 Prozent der Befragten.

Rentenreform in Frankreich absurd und ungerecht

Fragen an Léonie, Mitglied des Bezirksvorstandes der DIE LINKE

mittendrin: Leonie, du lebst schon lange in Deutschland, bist aber Französin. Was fühlst du, wenn du an die erzwungene Rentenreform der Regierung Macron denkst?

Viel Wut und ein sehr starkes Gefühl der Ungerechtigkeit. Zunächst einmal, weil das Narrativ der französischen Regierung,



Großdemonstrationen gegen Macrons Rentenreform auch in Paris

das auch von den deutschen Medien übernommen wird, völlig falsch ist. Die Franzosen werden als faule Säcke dargestellt, die ungewöhnlich früh in Rente gehen. Tatsache aber ist, derzeit müssen die Franzosen bis mindestens 62 Jahre arbeiten, haben aber erst mit 67 Anspruch auf eine Vollrente. Man sollte also nicht denken, dass die Franzosen derzeit mit 62 Jahren bei vollen Bezügen in Rente gehen. Diejenigen, die das tun, gehen mit weniger Geld in den Ruhestand als mit 67.

Zweitens ist das Argument eines defizitären Rentensystems nicht stichhaltig. Es verzeichnete einen Überschuss von 0,9 Milliarden Euro im Jahr 2021 und von 3,5 Milliarden 2022. Aus reiner liberaler Ideologie hat Macron nur ein Ziel vor Augen: den Großunternehmen und dem Kapital zu gefallen. Er will sie so wenig wie möglich besteuern und die Arbeitnehmer die Rechnung für seine Großzügigkeit gegenüber den Reichen bezahlen lassen. Die angestrebte Rentenreform ist absurd und ungerecht.

Wir haben in Frankreich eine Beschäftigungsquote bei älteren Menschen, die unter dem europäischen Durchschnitt und insbesondere sehr viel niedriger als in Deutschland liegt. Und die Lebenserwar-

tung der unteren Einkommensgruppen, die per Definition harte und schlecht bezahlte Arbeit verrichten, ist sehr viel niedriger als die der wohlhabenden Schichten. Aus diesem Grund mobilisieren sich die unteren Klassen derzeit so stark. Müllmänner, Lehrerinnen und Lehrer und Pflegekräfte können sich nicht vorstellen, wie sie ihren Beruf bis 64 Jahre ausüben sollen.

Außerdem sollten junge Menschen arbeiten können, bevor man ältere, die bereits am Ende ihrer Kräfte sind, noch länger arbeiten lässt. Wir haben in Frankreich eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit, 17 % der unter 25-jährigen gegenüber 6 % in Deutschland. Die Jugendlichen spüren sehr wohl, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters ihre Schwierigkeiten, sich Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen, noch verstärken wird und deshalb sind sie in den Protestbewegungen gegen die Reform sehr präsent.

mittendrin: Wie schätzt du die Folgen der Rentenreform ein?

Sicher ist, dass die Dinge nicht so weitergehen können und dass Macron gegen eine sehr entschlossene Bevölkerung und sehr dezidierte Gewerkschaften antritt. Der Konflikt verschärfte sich, als die Regierung am 16. März beschloss, die Rentenreform mithilfe des Artikels 49.3 der Verfassung ohne Zustimmung des Parlaments zu verabschieden. Wir erleben die zweite große Protestbewegung unter der Präsidentschaft Macrons nach der Gelbwesten-Bewegung. Ich würde mir natürlich wünschen, dass es die Linke ist, die von den Protesten profitiert, dass eine echte linke Partei es endlich schafft, dieses Land zu regieren. Momentan profitiert jedoch nur die ultrarechte Rassemblement National.

Die Fragen stellte Matthias Herold

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Die Glückstropfen des Alltags

Zeitweise herrscht Frühling, Touristen schieben auf Bürgersteigen durchs Zentrum, Handys im Anschlag, hungrig auf Berlin. So wie wir jüngst unter Lissabons heißer Sonne mit Wasserblick.

Dort waren Straßen, Plätze und ÖPNV auffällig sauber, half Bahnpersonal, wurde gefegt, man erfuhr auch von sozialen Spannungen. Vor fast 50 Jahren war die Nelkenrevolution ...

Nach dem verheerenden Großbrand 1988 wurden in der auf Hügeln erbauten Altstadt viele ausgebrannte Gebäude und schöne historische Hauswandfliesen rekonstruiert. Durch Gassen, erheblich schmaler als je bei uns, kriechen hier Autos, Trams, Busse, Touristen, Einwohner, über steile Stiegen gelangt man nach oben oder unten. Scooter stehen in Reih und Glied, wir genießen auch Ozeanarium, Museen, rutschen auf glänzenden Pflastersteinchen ...

Zurück in Berlin lese ich über neue Akteure und Begriffe, Putinismus, globale, regionale Umbrüche, Blockaden, Streiks. Im Alltag bauen sie seit 8 Monaten die Gleise der Tram Nr.1, die U8 rappellvoll, am bewohnten Bahnsteig Rosenthaler Platz immer neuer Abfall und Urin, aber auch in Alt-Mitte wird gehandelt: Hackescher Markt

und Umfeld werden autofrei, 50 qm der Acker- zur grünen Sommerstraße mit Bänken, auf Backwaren am Rosenthaler Platz folgt das Frittenwerk, in der Oranienburger gibt es koreanische Eier-Sandwichs, das Telegrafnamt hat im Hof den Maibaum, am Tacheles wird weiter gebaut, am Alex drehen sich keine Kräne, die Friedrichstraße öde, aber hinterm aufgerissenen Potsdamer Platz soll die Kulturscheune nun anders werden ...

Vorboten oder Folgen ökologischer und anderer Krisen? Überall Streetfood, Tische, Stühle, Bänke, Schirme, Unter den Linden Schlosshistorie mit Essen und Trinken, vergessen das Opernpalais mit altmodischem Personal und prächtigen Torten, feines Staatsopern-Publikum ist älter, lässiger, trägt Fliege, geputzte Schuhe, Rundbrille, Hut, Smoking, Sneakers, kurz, lang, schlichte und aufwendige Abendkleider, T-Shirt, Jeans, Männer auch Röcke ...

Das ÖPNV-Ticket kostet nicht mehr 29 Euro. Das beschäftigt die Schlange am Bahnhof Alexanderplatz. Auf Deutsch und Englisch steht da: Wem das Warten zu lang wird, fahre zum Haupt-, Ostbahnhof oder Zoo... Thank you for your understanding! Eine frühlingshafte Charme-Offensive ist



Café in der Torstraße

das nicht. Die Wartegemeinschaft meckert auch über Vordrängelnde. Ich warte 43 Minuten mit Glück im Unglück: Meine im Netz entdeckte Zugumleitung mit Verspätung gibt es wohl nicht ...

Irene Runge

Brecht in Berlin und Buckow

Bertolt Brecht wurde vor 125 Jahren, am 10. Februar 1898, in Augsburg geboren. Berlin und das Umland bieten viele Möglichkeiten, sich mit seinem Leben und Schaffen zu beschäftigen. Im **Berliner Ensemble**, dem Brecht-Theater, steht eine Neuinszenierung von „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ auf dem Spielplan. Brechts Komödie führt den irrigen Glauben an die Reformfähigkeit des „gütigen Kapitalisten“ vor Augen. Suse Wächter hat am BE „Brechts Gespenster“ inszeniert. „Hausgott Bertolt Brecht“ werde von den zahllosen Gespenstern heimgesucht, die er in seinem Exil und bei seiner Wiederkehr an das Theater am Schiffbauerdamm getroffen hat, teilt das Theater mit. Neben Gott und Karl Marx haben auch Luciano Pavarotti, Henry Ford und andere kurze Auftritte. Eine Parodie erinnert an Manfred Wekwerth, von 1977 bis 1991 Intendant des Berliner Ensembles.

Gar nicht viel weiter, in der Chausseestraße 125, befindet sich das **Brecht-Weigel-Museum**. Die Wohn- und Arbeitsräume des Künstlerpaares sind bei Führungen zu besichtigen. Zusätzlich werden Vorträge und thematische Spazier-



gänge angeboten. Immer mittwochs um 14 Uhr finden Rundgänge über den Dorotheenstädtischen Friedhof statt, hier fanden Bert Brecht und Helene Weigel ihre letzte Ruhe. Näheres unter <https://www.adk.de/de/archiv/museen/brecht-weigel-museum/>

Für einen Ausflug im Wonnemonat Mai empfiehlt sich **Buckow** in der Märkischen Schweiz. Dort lädt das Brecht-Weigel-Haus zu einem Besuch ein, im Sommer mittwochs bis sonntags jeweils ab 12 Uhr. Das Ehepaar hatte Buckow 1952 als Sommersitz ausgewählt, Brecht schrieb hier 1953 die „Buckower Elegien“. Nach dessen Tod 1956 nutzte Helene Weigel das Anwesen neben ihrer Berliner Wohnung weiter. Von April bis Oktober bietet das Gästeführerpaar Sabine Frost & Thomas Mees an jedem 3. Sonntag im Monat ab 12.30 Uhr eine Führung an. Besichtigt werden die „Eiserne Villa“, der Theaterschuppen, der Dichtergarten und andere Orte der Arbeit, Erholung und Inspiration für das weltbekannte Künstlerhepaar. Ihre Visite in Buckow können Sie mit einer gut zweistündigen Wanderung um den **Schermützelsee** abschließen. Wer es ruhiger angehen will, springt ins türkisblaue Wasser, mietet ein Boot oder dreht eine Runde mit dem Fahrgastschiff.



Georg Fehst

Diese Rückschrittskoalition hat eine starke Opposition verdient!

Nun ist es tatsächlich passiert: eine knappe Mehrheit von 54,3 Prozent der SPD hat die kleine Große Koalition besiegelt. Der Koalitionsvertrag sieht wenig vor, was nach vorne weist. So haben CDU und SPD etwa unsere LINKE Idee eines Sondervermögens Klima übernommen. Ob das mit einem konservativen Finanzsenator wirklich kommt, muss die Zukunft zeigen.

WAHLKREISBÜRO TOBIAS SCHULZE

Mitglied des
Abgeordnetenhauses



Tegeler Str. 39, 13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße,
S- und U-Bhf. Wedding, U-Bhf. Amrumer Str.

Während der Öffnungszeiten
telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
10 – 16 Uhr

Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Vieles, was die GroKo vorhat, geht aber komplett in die falsche Richtung. Insbesondere macht sie den Weg für die Interessen von Immobilieninvestoren frei. So sollen die Bauvorhaben des Signa-Konzerns am Hermannplatz oder in der City-West durch Bebauungspläne ermöglicht werden, obwohl sich die Firma an keine Absprachen über den Erhalt von Arbeitsplätzen hält. Private Bauherren sollen Vorrang bekommen, während die Förderung des kommunalen und bezahlbaren Wohnungsbaus nicht ausgebaut wird. Zum Stopp der Mietenexplosion ist gleich gar nichts geplant. Bei den Verschärfungen in der Innenpolitik waren sich SPD und CDU dagegen schnell einig: Taserwaffen, Bodycams, präventive Inhaftnahme, mehr Videoüberwachung und staatliche Spionagesoftware sollen zum Einsatz kommen.

Im Bereich der Mobilität fährt die SPD noch vor der Wahl des Senats die erste Niederlage ein: ihr einziges Wahlkampfprojekt, das 29-Euro-Ticket, läuft Ende des Monats ersatzlos aus. Die Zukunft ist vollkommen ungewiss. Stattdessen stampft die Rückschrittskoalition die Hälfte der geplanten Projekte zum Trambusbau ein. Die in unserem Bezirk geplanten Verlängerungen zur Turmstraße und zum Schumacher-Quartier sollen aber kommen.



Das gilt leider auch für die A100, die teuerste Autobahn Deutschlands, deren Verlängerung von Neukölln nach Lichtenberg eine Schneise durch Wohnquartiere, Gartensiedlungen, Gewerbe und Clubs schlagen wird. Statt die maroden U-Bahnen zu modernisieren, sollen mehrere neue gebaut werden. Vorhaben, die 20 – 30 Jahre dauern und kaum etwas zur Verkehrswende beitragen. Schulen sollen demnächst mit Hilfe von Privatinvestoren saniert und gebaut werden, die Risiken dabei werden offenbar ignoriert.

Wir als LINKE Berlin, ob in den Kiezen, auf der Straße oder in AGH-Fraktion und BVV-Fraktionen, setzen eine unmissverständliche Opposition gegen diese Koalition der Privatisierung, der Immobilienspekulation und des klimapolitischen Stillstands.

Tobias Schulze,

Stellvertretender Vorsitzender
der LINKEN Berlin und der Linksfraktion
im Abgeordnetenhaus.

Eisern Union in Mitte

Der SC Union Berlin 06 e.V ist ein Fußballverein aus Mitte, ansässig im Ortsteil Moabit. Aktuell spielt der Verein in der Landesliga, der zweithöchsten Spielklasse in Berlin.

Dort belegt die erste Herrenmannschaft den letzten Platz und muss in der nächsten Saison den Gang in die Bezirksliga antreten. Gespielt wird auf den Nebenplätzen, des altehrwürdigen Poststadions vor durchschnittlich um die 50 Zuschauer*innen. Die Blau-Weißen können aber auf eine bewegte Vergangenheit zurückblicken. Gemeinsam mit dem 1. FC Union Berlin ist SC Union 06 der Nachfolgeverein von SC Union Oberschöneweide. Dieser war mehrfacher Berliner Meister und deutscher Vizemeister. Gegründet 1906 im Berliner Vorort Oberschöneweide, gelang es 1920 den Unionern zum ersten Mal Berliner Meister zu werden

und sich damit für die Endrunde zur deutschen Meisterschaft zu qualifizieren. Drei Jahre später gelang sogar der Einzug in das Finale der Deutschen Meisterschaft. Dort unterlag man dem großen HSV im Grunewaldstadion mit 0:3. Zu dieser Zeit entstand der heute noch berühmte Schlachtruf „Eisern Union“. Die Trikots waren im Schlosserblau und die Spieler, die meist aus dem Arbeitermilieu stammten, wurden im Berliner Volksmund „Schlosserjungs“ genannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es für Union Oberschöneweide erfolgreich weiter, es folgte eine weitere Berliner Meisterschaft 1948. In der Spielzeit 1949/50 kam es dann zur Spaltung. Weil Union Schöneweide nicht zur Endrunde um die deutsche Meisterschaft nach Kiel reisen durfte, spalteten sich Teile der Mannschaft ab und gründeten im Juni 1950 im West-Berliner Moabit den SC Union

06. Die ersten Jahre nach der Abspaltung spielte Union 06 noch eine Rolle im West-Berliner Fußball, verschwand aber danach zunehmend in der Bedeutungslosigkeit. In der Nachwendzeit trat der Verein wieder unter dem traditionellen Namen SC Union 06 Oberschöneweide an und sah sich als legitimer Nachfolger des Vizemeisters von 1923. Das führte zu Konflikten mit dem 1.FC Union Berlin, weil man das Stadion „An der Alten Försterei“ erbbaurechtlich beanspruchte. Was scheiterte, so dass der Name wieder in SC Union 06 geändert wurde. In der Spielzeit 22/23 stellt Union 06 insgesamt 17 Teams und ist damit ein wichtiger Verein für den Breitenfußball in Mitte. Allerdings hat der Club keine eigene Frauen- oder Mädchenabteilung.

Leonard Diederich,
AG Fußball

DAS IST DAS LETZTE

Vor Jahren beschlossen die Linken auf einem Bundesparteitag, künftig den Fleischverbrauch „kritisch zu hinterfragen“. Es war ein Kompromiss nach stundenlangem Debatte, geführt zwischen Mittag- und Abendessen – ohne Vegetarisches, versteht sich! Den ewigen Nörglerinnen und Nörglern wurde empfohlen, das Rindfleisch einfach aus dem Bohneneintopf zu pulen.

Nach Berlin zurückgekehrt, fragten sich die Genossinnen und Genossen, wenn sie in der Kantine des Karl-Liebknecht-Hauses ein Schnitzel auf dem Teller hatten, ob sie dieses denn unbedingt verzehren müssten. Sie können sich denken, wie die Entscheidung ausfiel. Es hieß also „guten Appetit“, schließlich verhielt man sich beschlusskonform. Da konnte einem selbst die Schiedskommission weder die Butter vom Brot noch das Gebrutzelte vom Teller nehmen. Zugegeben: Essgewohnheiten wie Parteitagsbeschluss waren nicht der Weisheit letzter Schluss. Die Schnitzel übrigens auch nicht! Die Episode kam mir in den Sinn, als die Regierungsparteien jüngst entschieden, weiterhin Autobahnen zu bauen. Bedingung ist, dass an deren Rändern Solarpaneele installiert werden. Vermutlich wird so ein Bruchteil der Energie gewonnen, die für den Autobahnausbau erforderlich ist. Die FDP feierte den tollen Kompromiss und wird wohl darauf bestehen, dass es Paneele auch in Tunneln gibt. Die sind schließlich rund um die Uhr beleuchtet und die Industrie braucht Aufträge.

Nun werden die Grünen grübeln, welche Zugeständnisse sie ihrerseits Lindner & Co. abringen können. Der Finanzminister könnte ja mal Blüten in den Geldumlauf bringen. Oder Verkehrsminister Wissing einem Tempolimit für Traktoren in Innenstädten zustimmen. Gewiss ist Marie-Agnes Strack-Zimmermann bereit, den grünen Feldjägern umgehend Biowaffen zuzubilligen. Panzer müssen künftig E-Fuel tanken. Die Bildungsministerin wäre zu überzeugen, beim Schulessen 2 x wöchentlich Grünkohl zu verordnen, und sollte dazu grünes Licht beim Justizminister einholen.

Ampel-Rot heißt Stillstand. Grün oder Gelb für alle Richtungen zugleich macht die Sache nicht wirklich besser. **Schorsch**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht.

Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.04.2023

Ausgabetermin für Nr. 06/2023 – 01.06.2023

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Ein Klassiker hat Geburtstag

Wer sich nicht grün, sondern links betätigt, kommt an folgender Frage nicht vorbei: wie hältst Du es mit Karl Marx? Am 5. Mai vor 205 Jahren in Trier geboren, lieferte der Sohn eines jüdischen Anwalts im Laufe seines Lebens das geistige Rüstzeug für die Arbeiterbewegung, die durch seine Ideen zu einem weltgeschichtlichen Faktor wurde.

Die marxischen Klassiker beeinflussen die politische Theorie und Praxis im 19., 20. und 21. Jahrhundert enorm, stießen auf Zustimmung, teilweise oder völlige Ablehnung, wurden verschieden interpretiert oder bewusst ignoriert. Marx' bekanntestes Werk, „Das Kapital“ (1867), liefert den Schlüssel zum Verständnis der vorherrschenden Wirtschaftsordnung, dem Kapitalismus, seiner Zyklen, seiner Anfälligkeit für Krisen, die dieser immer wieder überwindet, dabei aber Menschen (und Natur) verbraucht. „Das Kapital“ ist von zentraler Bedeutung, aber durchaus keine leichte Lektüre. Flüssiger und aufrüttelnder liest sich da schon das „Kommunistische Manifest“, der zweite große Klassiker, den Marx zusammen mit seinem Freund, Co-Autor und langjährigen (finanziellen) Förderer Friedrich Engels verfasste. Doch wie kam der damals 30-jährige aus gutem Hause überhaupt dazu, im Revolutionsjahr 1848 einen solchen Text

zu verfassen? Bereits zuvor beschäftigte er sich als leitender Redakteur der Rheinischen Zeitung mit Alltagsfragen, wie etwa Gerichtsprozesse zu Diebstählen von Holz, die er als Ausdruck der sozialen Krise in den 1840-ern erkannte. Übrigens: Wie aktuell diese Thematik ist, zeigen Presseberichte aus dem Herbst 2022, in denen von zunehmenden Holzdiebstählen die Rede ist, das zum Heizen gesammelt wurde – und in diesem Zusammenhang von den Energiepreisen im Allgemeinen und so genannten „Leseverordnungen“ (Holz auflösen) der Bundesländer im Besonderen. Wer Marx entdecken will, findet in seinen Frühwerken einen aktuellen und leichten Einstieg und entdeckt von dort aus Stück für Stück dessen umfangreiches Werk.

Zwei Literaturtipps:

Zur Geschichte des Marxismus: Georg Fülberth, Marxismus, Papyrossa Verlag, Köln 2014.



Verschiedene Schriften aus dem Frühwerk von Marx und Engels: MEW – Marx-Engels-Werke, Bände 1-4, Karl-Dietz-Verlag, Berlin

André Ullmann

Lesen gegen das Vergessen

10. Mai 2023, 17 bis 18.30 Uhr, auf dem Berliner Bebelplatz

Es lesen und musizieren u. a.:

Gregor Gysi, MdB; **Tania Hidalgo**, chilenische Politikerin; **Beate Klarsfeld**, Nazi-Jägerin; **Petra Pau**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages; **Alejandro Soto Lacoste**, Musiker; die Schauspieler*innen **Jens-Uwe Bogadtke**, **Julieta Figueroa**, **Christian Grashof** und **Robert Stadlober**; der Schriftsteller **Ingo Schulze**; der Journalist **Knut Elstermann** und Studierende der Hochschule für Schauspielkunst **Ernst Busch**

Moderation: **Gesine Löttsch**, MdB

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der **Rosa-Luxemburg-Stiftung**.

www.linksfraktion.de

Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- zum 98. Ingeborg Schlag
- zum 95. Irmgart Tinz, Gerhard Hanusch
- zum 93. Ruth Claus, Ursula Witt, Annelore Hanusch,
- zum 92. Ingomar Klein, Peter Urchs
- zum 91. Holger Petersen
- zum 90. Manfred Maser
- zum 89. Herbert Schulze
- zum 87. Gisela Rademacher
- zum 86. Gert Schulze
- zum 85. Dieter Ziegelitz
- zum 84. Johann Gross
- zum 83. Wilfried Munser
- zum 82. Bruno Mach
- zum 80. Ursula Teltow, Rainer Scholz
- zum 70. Gertrud Toppel-Kluth
- zum 65. Heike Schikore, Wolfgang Feistel